

Debatte

Martina Thiele

Political Correctness und Cancel Culture – eine Frage der Macht!

Plädoyer für einen Perspektivwechsel

Abstract: Die Autorin plädiert für einen Perspektivwechsel in der publizistischen Kontroverse über Political Correctness und Cancel Culture. Statt über einzelne Begriffe und Sprache oder pauschal über Meinungsfreiheit und Zensur zu diskutieren, sollten Privilegiertheit und Macht ins Zentrum der Debatte rücken, zum einen, um zu klären, wer von welcher Position aus den gesellschaftlichen Diskurs bestimmen kann, zum anderen, um Widersprüche aufzuzeigen. Denn zumeist behaupten diejenigen, die über publizistische Macht verfügen, von Sprechverböten und Zensur bedroht zu sein.

Der Hamburger Publizist Erich Lüth (1902-1989) erlangte durch einen Boykott-Aufruf bundesweite Bekanntheit. 1950 erinnerte er daran, welche Rolle der Filmemacher Veit Harlan im Nationalsozialismus gespielt hatte und kritisierte, dass Harlan als Regisseur des antisemitischen Hetzfilms *Jud Süß* (1940) und Protegé der Nazis in der neugegründeten Bundesrepublik unbehelligt weiter Filme drehen kann. Lüth rief dazu auf, Harlans Film *Unsterbliche Geliebte* (1951) nicht anzusehen, woraufhin die Filmproduktionsfirma auf Unterlassung dieser Äußerungen klagte. Der Fall durchlief alle juristischen Instanzen, bis das Bundesverfassungsgericht im sogenannten Lüth-Urteil (1958) die Klage mit Verweis auf Art. 5, GG und die dort verbrieftete Meinungsfreiheit zurückwies. Ein Fall von Cancel Culture?

So wie bei dem Begriff Political Correctness, der seit den 1990er-Jahren den Diskurs über die Grenzen des Sagbaren bestimmt, handelt es sich auch bei Cancel Culture um einen transatlantischen Import. In Deutschland und den USA warnen Publizist:innen wieder vermehrt vor den Gefahren, die Political Correctness und Cancel Culture für ›die Gesellschaft‹, ›die Wahrheit‹, ›die Meinungsfreiheit‹,

›den Journalismus‹, gar ›die westliche Zivilisation‹ hätten. Es geht also um die ganz großen Themen. Zudem um Sprache, um einzelne Begriffe, die man nicht mehr gebrauchen dürfe, und um hässliche Zeichen, die schöne Texte verschandeln, aber zur Markierung inklusiver Sprache verwendet werden müssten. Die PC-Gegner:innen führen dann Beispiele an, die ihnen unangemessen vorkommen und die ihr Sprachgefühl beleidigen, von ›falsch gegenderten‹ Personenbezeichnungen und Partizipialkonstruktionen bis hin zum ›N-Wort‹, das doch in Klassikern der Kinderliteratur seinen Platz behalten müsse.

Mehr oder weniger direkt teilen die Publizist:innen mit: 1. So wie ›die anderen‹ sprechen und schreiben, ist es falsch. 2. Es stört mich. 3. Früher war alles besser. 4. Ich habe das schon immer so gemacht. 5. Ich ändere sicher nichts. 6. Wenn ich dafür kritisiert werde, ist das ein Fall von Zensur.

Um das individuelle und, so die Behauptung, *mehrheitlich* vorhandene, doch nicht artikuliert Unbehagen argumentativ aufzuladen, fahren die PC-Gegner:innen – Achtung, Kriegsmetapher! – schweres Geschütz auf: Von Totalitarismus, Manipulation, einer Gedanken- und Sprachpolizei wie in George Orwells dystopischem Roman *1984* ist die Rede, auch Stasi- und Nazi-Vergleiche bleiben nicht aus. In den USA war es im Sommer 2020 der »Letter on Justice and Open Debate«, ein offener Brief, publiziert im *Harper's Magazine* und unterzeichnet von rund 150 Personen aus Kunst und Kultur, in dem »mehr Liberalismus« und weniger »Zensur« gefordert wurde (vgl. Schwarz 2020), in Deutschland die Debatte um abgesagte Auftritte von Kabarettist:innen, die den Political-Correctness- und Cancel-Culture-Diskurs befeuert haben (vgl. Agar 2020; Cammann 2020; Nida-Rümelin 2020; Passmann 2020; Seeßlen 2020). In beiden Ländern war dieser Diskurs verschränkt mit der Debatte über die Anti-Corona-Maßnahmen.

Zu den Diskursstrategien und Argumentationsmustern der PC-Gegner:innen, zu *hate speech* und *counter speech*, ist schon viel geschrieben worden (vgl. Butler 2006; Eickelmann 2017; Sponholz 2017). Ebenso umfangreich ist die wissenschaftliche Literatur, in der dargelegt wird, warum das sogenannte »generische Maskulinum« exkludiert und was für inklusive, nicht-diskriminierende Sprache spricht (vgl. Günthner 2019; Heise 2000; Pusch 1984; Reiss 2010; Thiele 2020; Trömel-Plötz 2010). Die Autor:innen verweisen auf den Zusammenhang von Sprache und Denken, darauf, dass Sprache nichts Statisches ist, sondern sich wandelt und daher bestimmte Aussagen, Begriffe und Formulierungen zwar früher einmal üblich gewesen sein mögen, aktuell in demokratischen Gesellschaften jedoch fragwürdig erscheinen und z.T. sogar strafbar sind, so etwa rassistische Beleidigungen oder das Leugnen des Holocaust. Der Sprachwissenschaftler und Blogger Anatol Stefanowitsch hält das Bemühen um »politisch korrekte« Sprache für notwendig, obwohl sie allein noch keine gerechte Welt schaffe. »Aber indem wir sie verwenden, zeigen wir, dass wir eine gerechte Welt überhaupt wollen« (Stefanowitsch 2018; Klappentext).

Ich möchte hier nicht über einzelne Begriffe streiten, Formulierungen im Presse-Kodex diskutieren oder zum wiederholten Male darlegen, was für eine inklusive Sprache spricht, sondern Privilegien und Macht thematisieren, denn darum geht es bei gesellschaftlichen Diskursen. Ich plädiere wie der Politikwissenschaftler Karsten Schubert (2020) für einen Perspektivwechsel in der Political Correctness-Debatte und für die Befassung mit der Frage, wer diejenigen sind, die die Meinungsfreiheit bedroht sehen und mehr oder weniger bewusst den Popanz Political Correctness aufbauen?

Der Hamburger Publizist Paul Sethe schrieb 1965 in einem Leserbrief an den *Spiegel*: »Pressefreiheit ist die Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten. Frei ist, wer reich ist.« (Sethe 1965, zit. nach von Hase 1966). Sethe ging es um die Macht der Zeitungsverleger und um innere Pressefreiheit. Zwar ist dieses Zitat nun schon einige Jahrzehnte alt, trotzdem hat sich wenig geändert an der Tatsache, dass die Macht zu sprechen, zu schreiben, gehört, gesehen und publiziert zu werden, ungleich verteilt ist. Klasse und Besitz, formale Bildung und Geschlecht, Ethnizität und Alter sind entscheidende Faktoren, wenn es um den Zugang zu Medien und Öffentlichkeit geht. Hier sind manche deutlich im Vorteil. So ist zwar die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland weiblich und ein Viertel der hier lebenden Menschen hat eine Migrationsgeschichte, in den Verlagen, Agenturen und Redaktionen spiegelt sich diese reale Vielfalt jedoch nicht wider. In den Chefetagen haben ganz überwiegend ältere Herren das Sagen. Medieninhaltsanalysen und Repräsentationsstudien belegen, dass trotz aller Bemühungen, Diversität abzubilden, häufig dieselben Experten zu Wort kommen (vgl. Prommer/Linke 2019).

Wenn es nun speziell um die Kämpfer:innen gegen Political Correctness geht, ist ihre mediale Präsenz längst nicht so gering wie behauptet. Sie pflegen ihre Homepages und betreiben Blogs, die *politically incorrect* oder in Anspielung auf die von ihnen als »Gutmenschen« Diffamierten *achgut* heißen; sie nutzen Twitter, Facebook, Instagram, schreiben in der *Jungen Freiheit* ebenso wie in der *NZZ*, der *Welt* und *FAZ*, sind mit ihren Publikationen in den Bestsellerlisten und zu Gast bei *Hart aber fair* oder *Anne Will*. Dieter Nuhr macht weiter Kabarett, Thilo Sarrazin weiter Auflage.

Dennoch wähnen sich die PC-Gegner:innen im Nachteil und behaupten eine anhaltende kulturelle Hegemonie ›der 68er‹ sowie neuer ›links-alternativer‹ Gruppen und ›Gutmenschen‹, etwa der Fridays for Future-Bewegung. Sie überschätzen das Ausmaß, in dem früher nicht-gehörte, marginalisierte Gruppen ihre Stimme erheben, fühlen sich bedroht und in die Enge getrieben. Jedenfalls gerieren sie sich bevorzugt als Opfer einer ›linken Meinungsmacht‹.

Digitaler und sozialer Wandel

In der Tat haben sozialer und medialer Wandel für leichte Verschiebungen gesorgt. Die früher exkludierten, medial wenig präsenten Menschen haben ihre eigenen Kommunikationsmittel und -räume. Um Publizität und mediale Aufmerksamkeit zu erlangen, braucht es die Förderer des journalistischen Nachwuchses, die Sprachpäpste und sich selbstmitleidig als ›alte, weiße Männer‹ bezeichnenden Machthaber nicht mehr ganz so dringend. Die Jüngeren, Frauen*, Migrant:innen, gut Ausgebildeten warten nicht mehr auf Einladungen, in diesem Qualitätsblatt zu veröffentlichen oder in jener Talkshow auf dem Sofa zu sitzen und die Erwartungen der Mehrheitsgesellschaft zu erfüllen. Sie schaffen eigene Öffentlichkeiten, verwenden die Sprache, die ihnen passend erscheint und scheren sich wenig um anschwellende Bocksgesänge und letzte Gefechte.

Die veränderte Situation beschreibt Krsto Lazarevic in einem von Karen Krüger moderierten Streitgespräch mit Canan Topçu über Alltagsrassismus, Identitätspolitik und Sprechverbote:

»[...] was es aber gibt, ist die Angst von mehrheitlich herkunftsideutschen Männern, ihre seit Jahrzehnten bestehende Deutungshoheit zu verlieren. Sie benehmen sich wie kleine Kinder, denen das Spielzeug weggenommen wird. Sie sind es gewohnt, dass ihre Perspektive die einzige ist. Doch nun tritt eine Generation migrantischer Menschen an, die willens und in der Lage ist, Ansprüche an die Mehrheitsgesellschaft zu formulieren. Das zeigt eigentlich, es läuft ganz gut, denn früher wurden migrantische Stimmen gar nicht ernst genommen und kaum gehört. Viele Konservative und Rechte tun jetzt so, als seien deren Debattenbeiträge zu laut oder unverschämte. In Wirklichkeit stört sie, dass andere Ansichten vertreten werden als die früher üblichen. Die Gastarbeiter wurden nicht hierher geholt, um gleichberechtigte Bürger zu sein, sondern um die Jobs zu machen, die Deutsche nicht haben wollten. Das daraus resultierende Mindset ist noch sehr verbreitet. Wenn nun Gastarbeiterkinder aufbegehren, Widerspruch leisten und gleiche Rechte und Chancen fordern, statt nur zu sagen: »Ja, Chef!« – dann kommen viele damit nicht klar. Also schwadronieren sie von Sprechverboten und Cancel Culture.« (Lazarevic, zit. nach Krüger 2020)

Cancel Culture und Liberalismus

Dass Cancel Culture kein neues Phänomen ist, sondern immer wieder und von ganz unterschiedlichen Seiten die Forderung erhoben wird, etwas *nicht* zu zeigen, *nicht* zu sagen, *nicht* öffentlich auszustellen, sprach ich eingangs mit dem

Fall Lüth vs. Harlan an. Doch ist Cancel Culture als neuer Kampfbegriff der PC-Gegner:innen mehr: er dient der Verschleierung, dass die Entscheidung darüber, wo Öffentlichkeit, Kunst, Kultur, Versammlung und freie Rede möglich sind, ein Privileg der Mächtigen war und ist. Zwar garantieren nationale wie internationale Gesetze, Informations-, Meinungs- und Medienfreiheit und der Zugang zur Öffentlichkeit scheint vor allem durch die »sozialen« Medien demokratisiert, doch hat sich an den Macht- und Besitzverhältnissen im digitalen Kapitalismus wenig verändert.

Vor allem die liberale Fraktion innerhalb der Anti-PC-Koalition hält in ihrer Sorge um »die« Meinungsfreiheit und »den« Journalismus an der Idee des »marketplace of ideas« und des freien, gleichberechtigten Austauschs aller Meinungen fest, blendet aber aus, dass zwar theoretisch und formal-juristisch jeder und jede Zugang zu den Orten hat, an denen Meinungen ausgetauscht und Entscheidungen vorbereitet werden, praktisch aber ein Großteil der Bevölkerung aus ökonomischen und sozialen Gründen ausgeschlossen bleibt. Als geradezu selbstverständlich hingegenommen wird, dass der Medienmarkt hochkonzentriert und Medien ganz überwiegend im Besitz einiger weniger privatwirtschaftlich organisierter Unternehmen sind, die Öffentlichkeit gewähren oder entziehen können.

Akzeptiert ist dieser Zustand, solange man selbst sicher sein kann, gehört zu werden. Lisa Eckhart und J.K. Rowling, Francis Fukuyama und Josef Joffe, Harald Martenstein und Monika Maron finden ihr Publikum und erhalten breite mediale Aufmerksamkeit. Dass sie auch kritisiert und ihre Positionen in Frage gestellt werden, müssen sie aushalten – genauso wie die als »Gutmenschen« und »Politisch Korrekte« Bezeichneten. Doch verstört, dass die Meinungsfreiheit der PC-Gegner:innen immer öfter die Freiheit zu rechtem, ausgrenzendem Gedankengut bedeutet und das Schweigespiralen-Narrativ, aus Angst vor Rassismus-, Antisemitismus- und Sexismusvorwürfen nichts mehr sagen zu können, weite Verbreitung bis hinein in die sich als liberal verstehenden Medien gefunden hat.

Intoleranz tolerieren?

Über Freiheit und ihre Grenzen zu debattieren, gehört zur Demokratie. Tagtäglich wird diskursiv ausgehandelt, was machbar und sagbar ist, was diskriminierend, was nicht. Gesetze und ethische Übereinkünfte sollen Orientierung geben, zugleich sind sie nichts Statisches, für die Ewigkeit Gemachtes, sondern unterliegen – wie auch die Sprache – gesellschaftlichem Wandel. Was vor Jahrzehnten noch üblich, gang und gäbe, und nicht strafwürdig war, wird heute geächtet und per Gesetz sanktioniert, und was vor Jahrzehnten mit schlimmsten Strafen belegt war, stellt heute keinen Straftatbestand dar.

Was Medienfreiheit im Einzelnen bedeutet, wer Öffentlichkeit gewähren, herstellen, für seine Interessen nutzen kann, ist immer auch eine Frage der Perspektive und – darauf will ich hinweisen – eine Frage der Macht und Privilegiertheit. Zu erkennen, wer tatsächlich Ausgrenzung und Intoleranz erfährt, wer sich dagegen wehren kann und wem von vornherein demokratische Teilhabe verwehrt ist, sollte immer auch Ziel der gesellschaftlichen Debatte über Political Correctness und Cancel Culture sein. Gewinnen könnte die Debatte durch Relektüren, etwa von Herbert Marcuses Text »Repressive Toleranz« (1966), sowie die Erkenntnis, dass ein Tolerieren der Intoleranten sie am Ende triumphieren lässt.

In Political Correctness und Cancel Culture die Hauptgefahren für »den« Journalismus und »die« Meinungsfreiheit zu sehen, lenkt von den tatsächlichen, ökonomischen Machtverhältnissen und den daraus resultierenden Beschränkungen für einen vielfältigen öffentlichen Diskurs ab. Dennoch ist etwas in Bewegung geraten. Die einst so homogen wirkende Public Sphere ist vielfältiger und dissonanter geworden, mehr Menschen können und wollen mitreden. Deren mediale Präsenz irritiert diejenigen, die bislang den gesellschaftlichen Diskurs bestimmt haben und gewohnt waren, hofiert statt kritisiert zu werden. Dass sie, um ihre Macht und Privilegien fürchtend, nun Intoleranz, Cancel Culture und Political Correctness beklagen, ist nachvollziehbar.

Über die Autorin

Martina Thiele (*1967) Dr. disc. pol., ist Professorin für Medienwissenschaft an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Zu ihren Schwerpunkten in Forschung und Lehre zählen Digitalisierung und gesellschaftliche Verantwortung, Medien- und Öffentlichkeitstheorien, Gender Media Studies sowie Stereotypen- und Vorurteilsforschung. Kontakt: martina.thiele@uni-tuebingen.de

Literatur

Agar, Volkan (2020): Der Kampf ums Canceln. In: *die tageszeitung*, 26.08.2020, S. 13.

Butler, Judith (2006): *Hass spricht*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Cammann, Alexander (2020): Das Debakel. In: *Die Zeit*, Nr. 34, 13.08.2020, S. 47.

Eickelmann, Jennifer (2017): »Hate Speech« und Verletzbarkeit im digitalen Zeitalter.

Phänomene mediatisierter Missachtung aus Perspektive der Gender Media Studies. Bielefeld: transcript.

Günthner, Susanne (2019): Sprachwissenschaft und Geschlechterforschung: Übermittelt unsere Sprache ein androzentrisches Weltbild? In: Kortendiek, Beate;

- Riegraf, Birgit; Sabisch, Katja (Hrsg.): *Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 571-579.
- Heise, Elke (2000): Sind Frauen mitgemeint? Eine empirische Untersuchung zum Verständnis des generischen Maskulinums und seiner Alternativen. In: *Sprache & Kognition*, Bd. 19, Nr. 1/2, S. 3-13. DOI: 10.1024//0253-4533.19.12.3
- Krüger, Karen (2020): Gibt es Sprechverbote? Ein Streitgespräch zwischen Canan Topçu und Krsto Lazarevic über Alltagsrassismus und Identitätspolitik in Deutschland. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 25.10.2020, S. 33.
- Marcuse, Herbert (1966): Repressive Toleranz. In: Wolff, Robert Paul; Moore, Barrington; Marcuse, Herbert: *Kritik der reinen Toleranz*. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Alfred Schmidt. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 91-128.
- Nida-Rümelin, Julian (2020): Cancel Culture ist das Ende der Aufklärung. In: *Die Welt*, 22.09.2020, Forum, S. 2.
- Passmann, Sophie (2020): Hauptsache, es knallt. In: *Die Zeit*, Nr. 34, 13.08.2020, S. 47.
- Schubert, Karsten (2020): »Political Correctness« als Sklavenmoral? Zur politischen Theorie der Privilegienkritik. In: *Leviathan*, 48 (1), S. 29-51. DOI: 10.5771/0340-0425-2020-1-29
- Prommer, Elizabeth; Linke, Christine (2019): *Ausgeblendet. Frauen im deutschen Film und Fernsehen*. Mit einem Vorwort von Maria Furtwängler. Unter Mitarbeit von Sophie Charlotte Rieger. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Pusch, Luise (1984): *Das Deutsche als Männersprache. Aufsätze und Glossen zur feministischen Linguistik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Reiss, Kristina (2010): Linguistik: Von feministischer Linguistik zu Genderbewusster Sprache. In: Becker, Ruth; Kortendiek, Beate (Hrsg.) unter Mitarbeit von Barbara Budrich, Ilse Lenz, Sigrid Metz-Göckel, Ursula Müller und Sabine Schäfer: *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie*. 3. erw. u. durchges. Aufl. Wiesbaden: VS, S. 750-755.
- Schwarz, Carolina (2020): Die Vielfalt im Diskurs. In: *die tageszeitung*, 13.07.2020, S. 13.
- Seeßlen, Georg (2020): Cancel Culture: Es wird schmerzhaft. Kinderbücher, Filme, Popmusik, Karneval: Rassismus ist tief verwurzelt in unserer Kultur. Löschen kann man ihn nicht. Aber mit welchen Methoden ist er überwindbar? In: *Die Zeit*, 30.06.2020. https://www.zeit.de/kultur/2020-06/cancel-culture-struktureller-rassismus-kolonialismus-popkultur?utm_referrer=https%3A%2F%2Fde.wikipedia.org (31.01.2021)
- Sethe, Paul (1965): Leserbrief an das Nachrichtenmagazin Der Spiegel vom 05.03.1965. Zit. In: Hase, Günter von: »Frei ist, wer reich ist.« In: *Der Spiegel*, Nr. 34 vom 15.08.1966, S. 12. Online unter: <https://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/46413915> (31.01.2021)

- Sponholz, Liriam (2017): *Hate Speech in den Massenmedien. Theoretische Grundlagen und empirische Umsetzung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Stefanowitsch, Anatol (2018): *Eine Frage der Moral: Warum wir politisch korrekte Sprache brauchen*. Berlin: Dudenverlag.
- Thiele, Martina (2020): » ... und immer an den Leser denken«? Journalistik, Sichtbarkeit und Sprache. Debatte. In: *Journalistik*, 1/2020. Online unter: <https://journalistik.online/ausgabe-01-2020/und-immer-nur-an-den-leser-denken/> (30.01.2021)
- Trömel-Plötz, Senta (2010): Sprache: Von Frauensprache zu frauengerechter Sprache. In: Becker, Ruth; Kortendiek, Beate (Hrsg.) unter Mitarbeit von Barbara Budrich, Ilse Lenz, Sigrid Metz-Göckel, Ursula Müller und Sabine Schäfer: *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie*. 3. erw. u. durchges. Aufl. Wiesbaden: VS, S. 756-759.